



**Klaus Hagemann**

**Mitglied des Deutschen Bundestages**  
für den Wahlkreis Worms-Alzey-Oppenheim

Mitglied im Haushaltsausschuss  
Mitglied im Petitionsausschuss

Wahlkreisbüro Worms  
Tel. 0 62 41 – 30 52 49  
Fax: 0 62 41 – 30 52 54  
[klaus.hagemann@wk.bundestag.de](mailto:klaus.hagemann@wk.bundestag.de)  
[www.klaus-hagemann.de](http://www.klaus-hagemann.de)

## **Lärmschutzwand in Worms soll nach Fußball-WM kommen**

MdB Hagemann: Eisenbahn-Bundesamt gibt Mittel für Worms frei

*Worms, 11. Januar 2006*

**Das Eisenbahnbundesamt (Eba) hat nun die baufinanzielle Freigabe für den Bau der Lärmschutzwände entlang der Bahnstrecke in Worms erteilt, erklärte Eba-Präsident Armin Keppel dem Bundestagsabgeordneten Klaus Hagemann (SPD) auf seine Anfrage hin. Nachdem am 25. November 2005 in Guntersblum offiziell mit dem Bau der ersten Lärmschutzwand entlang der Bahnstrecke Worms-Mainz begonnen wurde, gehe es nun auch bei den Bauvorhaben in Worms voran, freute sich der SPD-Abgeordnete. Die Baumaßnahmen sollen im Sommer 2006 in Worms und parallel in Dienheim nach Ende der Fußball-Weltmeisterschaft beginnen. Dadurch werde der durch Sonderzüge erhöhte Bahnverkehr während des sportlichen Großereignisses nicht beeinträchtigt.**

Die Baumaßnahme sei auch bereits ausgeschrieben und soll parallel mit der Errichtung der Lärmschutzwand in Dienheim erfolgen. Im Bereich der Karl-Marx-Siedlung entstehe dann eine durchgehende Lärmschutzwand, erfuhr Hagemann. Für den Bereich nördlich des Bahnhofs bestünde noch Planungs- und Gesprächsbedarf.

Hagemann hatte sich zuvor mehrfach für die Aufnahme der Rheinschiene in das Bundesprogramm für Lärmsanierungsmaßnahmen an bestehenden Schienenwegen und die zügige Umsetzung der Maßnahmen eingesetzt. Auf Initiative von Klaus Hagemann war die Karl-Marx-Siedlung in das Lärmsanierungsprogramm des Bundes mit aufgenommen worden. „Für die Aufnahme der Rheinschiene in das Sonderprogramm des Bundes mussten wir ganz schön kämpfen“, betonte Hagemann und freute sich über die Fortschritte in der Region. Schließlich stünden für diese Schallschutzmaßnahmen in diesem Jahr bundesweit nur rund 51 Millionen Euro zur Verfügung, die verteilt werden könnten.

Marco Sussmann